

Antrag: C-3
Antragsteller: Ortsverein Sachsenhausen
Betreff: Billigflieger stoppen

1 Der Parteitag der SPD Frankfurt möge beschließen:

2 Die SPD-Stadtratsfraktion in Frankfurt und die hessische SPD-Landtagsfraktion werden aufgefordert,
3 sowohl gesetzgeberisch als auch über die Miteigentümerfunktion von Stadt und Land am
4 Flughafenbetreiber Fraport, alles zu unternehmen, um die Verlagerung von Billigfliegern vom Flughafen
5 Frankfurt-Hahn zum Flughafen Frankfurt zu stoppen und rückgängig zu machen.

6 Der Prekarisierung der Arbeitsplätze am Flughafen muss Einhalt geboten werden. Das
7 Mediationsversprechen an die betroffene Bevölkerung darf nicht weiter gebrochen werden.

8 Begründung:

9 Wie vor kurzem der Frankfurter Rundschau zu entnehmen war, verlagert Ryanair mit dem
10 Sommerflugplan weitere Flüge vom Hahn nach Frankfurt. Damit droht eine weitere Einschränkung der
11 Lebens- und Gesundheitsbedingungen der 400.000 vom Flughafenbetrieb belasteten Anwohner.

12 Ryanair ist nur einer der „Billiganbieter“, die sowohl den ruinösen Preiskampf zu Lasten der Lande- und
13 Startgebühren des Flughafens als auch die Lohndrückerei und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen
14 der Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern am Flughafen befördert haben und weiter befördern werden.

15 Die Entscheidung des Fraport Managements und die wohlwollende Billigung durch die gegenwärtige
16 Hessische Landesregierung mit Rabattaktionen Billigfliegerflieger an den Frankfurter Flughafen zu
17 lotsen, stellt einen eklatanten Bruch der von Beiden unterschriebenen Mediationsvereinbarung dar, die
18 diesen erneuten Ausbau erst ermöglichte.

19 Seit Inbetriebnahme der Landebahn Nord-West wird mit jedem Jahr deutlicher, dass dieser
20 Flughafen ausbau zu Überkapazitäten geführt hat. Nach sechs Jahren Ausbau ist das jährliche
21 Flugaufkommen weiterhin um mehr als 30tausend Starts und Landungen geringer, als dies im Jahr 2007
22 war. Diese Überkapazitäten haben aber die Belastung der Bevölkerung nicht absenkt, sondern durch den
23 Betrieb der zusätzlichen Landebahn um 150.000 Menschen erweitert.

24 Mit dieser Entwicklung des Flughafens gehen betriebliche Auslagerungen und damit die
25 Verschlechterung der Arbeitsbedingungen einher. Ein nicht zu vernachlässigender Anteil der
26 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter am Flughafen kann nur mit staatliche Aufstockung vom gezahlten
27 Lohn leben.

28 Dieser Entwicklung muss Einhalt geboten werden! Ein erster Schritt ist eine verantwortliche und den
29 Menschen verpflichtete Flughafenpolitik, bei der nicht der Profit sondern der staatliche
30 Infrastrukturauftrag handlungsleitend ist.

Empfehlung der Antragsprüfungskommission:

Annahme in geänderter Form: „Stadtratsfraktion“ wird durch „Stadtverordnetenfraktion“ ersetzt